



**Geschäftsführung  
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 21.05.2015

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 24.11.2014, 16:00 Uhr bis 19:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Bodo Busch Rubicon e.V.

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Andreas Pöttgen SPD

**Beratende Mitglieder**

Herr Wolfram Baentsch	AfD
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Frau Hildegard Fuhrmann	SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD

Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	GRÜNE
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	DIE LINKE
Frau Maria Artmann	auf Vorschlag der FDP
Frau Dirim Su Derventli	
Frau Lena Göwecke	
Frau Beate Habets	
Herr Ulrich Trapp	

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Beratende Mitglieder**

Herr Gregor Berghausen	auf Vorschlag der SPD
Herr Michael Bold	
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	
Frau Bettina Levy	
Herr Dr. Felix Schotland	

Herr Philippi, SPD-Fraktion, stellt in der Vorbesprechung zur Sitzung die Bewerber um Schulleitungsstellen vor, weil Herr Dr. Schlieben durch erhöhtes Verkehrsaufkommen aufgehalten wurde.

### **Zur Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird wie folgt **ergänzt**:

-Neu sind die Beantwortung von Anfragen unter TOP 2.1.1 bis 2.1.6 (alle als **Tischvorlagen**) und die neuen Anfragen unter 2.2.1 bis 2.2.3 (letztere als **Tischvorlage**),  
-die Vorlagen unter TOP 4.7 bis 4.11 (TOP 4.10 und 4.11 als **Tischvorlage**; Die Vorlage 2840/2014 zum Grundschulverbund im Kölner Süden unter TOP 4.9 wird erneut beraten, weil die Bezirksvertretung Rodenkirchen formelle Bedenken geltend gemacht hat. Sie sieht die Zuständigkeit zur Entscheidung über den Grundschulverbund bei der

Bezirksvertretung und nicht beim Rat. Deshalb hat sie zur Klärung der Zuständigkeit eine Vorlage an den Hauptausschuss gefordert. Die Verwaltung holt deshalb eine entsprechende Entscheidung des Hauptausschusses ein. Das Votum des Hauptausschusses wird dann zur Ratssitzung der Beschlussvorlage beigefügt. Frau Dr. Klein erklärt dazu, dass die Verwaltung im Falle, dass der Ausschuss nicht über die Vorlage entscheidet, ggfs. eine Dringlichkeitsvorlage beim Rat einholen müsse, um das zweite Schulhalbjahr noch erreichen zu können.,

-die Mitteilungen unter TOP 5.4 bis TOP 5.9 (davon TOP 5.5, 5.8 und 5.9 als **Tischvorlagen**),

-sowie die Vorstellung zweier Bewerber um Schulleitungsstellen unter TOP 10.1 und TOP 10.2 (letztere als **Tischvorlage**).

Die **Mitteilung 3498/2014** war ursprünglich unter TOP 13 Verschiedenes angekündigt und wäre **richtiger unter TOP 9.1** bei Mitteilungen im nicht-öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 4.2 und zu TOP 4.9 an und bittet, beide Vorlagen ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben und erneut vorzulegen und den Rat notfalls per Dringlichkeit entscheiden zu lassen. Er hat erfahren, dass im parallel tagenden Integrationsrat ein Änderungsantrag zu TOP 4.4 eingebracht wurde. Da niemandem der Änderungsantrag bekannt ist, bittet er auch diese Vorlage zunächst ohne eigenes Votum erneut vorlegen zu lassen.

Herr Dr. Schlieben weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Frau Kremer-Buttkereit, Leitung des kommunalen Integrationszentrums, im Anschluss an den Integrationsrat bereit ist, Fragen zu dieser Vorlage zu beantworten. Er schlägt vor, den TOP dann ggfs. zu diesem Zeitpunkt aufzurufen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt für seine Fraktion, dass der Änderungsantrag zu TOP 4.4 dort bekannt sei. Seine Fraktion habe dagegen Beratungsbedarf zu TOP 4.6: Man möchte wissen, ob bei dieser teuren Maßnahme Synergieeffekte erreicht werden können. Für den Fall, dass diese Fragen in der Sitzung nicht hinreichend beantwortet werden können, beantragt er, diese Vorlage ohne eigenes Votum mit der Bitte um Wiedervorlage in den weiteren Sitzungslauf zu geben. Auch die als Tischvorlage unter TOP 4.11 nachgereichte Vorlage möchte man noch eingehender prüfen und bittet um Wiedervorlage ohne eigenes Votum.

Frau Dr. Klein bittet eindringlich darum, die unter TOP 4.6 und TOP 4.11 vorgelegten Beschlüsse zu fassen, weil insbesondere an der Frankstraße ein erheblicher Sanierungsbedarf bestehe. Man werde dann versuchen, die aufgeworfenen Fragen in den nachfolgenden Gremien zu beantworten.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), räumt ein, dass die beschriebenen Maßnahmen notwendig und gewollt seien, doch müsse man wenigstens die Möglichkeit haben, die Vorlagen einmal zur Kenntnis genommen zu haben, und das sei bei der Tischvorlage unter TOP 4.11 nicht möglich gewesen.

Auch Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), pflichtet dem bei. Sie kann aber keinen Bedarf zur Wiedervorlage der unter TOP 4.2 und TOP 4.3 vorgelegten Vorlagen erkennen, da letztere bereits einmal verschoben wurde.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), regt an, kurzfristige Vorlagen wenigstens 2-3 Tage vor der Sitzung noch per e-mail zu versenden, damit eine frühere Kenntnisnahme möglich sei.

Frau Dr. Klein erinnert erneut an den drängenden Bedarf an vielen Standorten in Köln und bittet um Berücksichtigung der steigenden Baukosten bei der Frage, welche Vorlagen man verschieben möchte.

Herr Dr. Schlieben erklärt, dass die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen im Anschluss an die Sitzung beraten werden, ob man am Montag vor der Ratssitzung noch eine Sondersitzung zur Beratung der aufgeschobenen Tagesordnungspunkte einschieben kann.

Daraufhin wird die geänderte Tagesordnung einstimmig angenommen.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

0.1 Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern

0.2 Vorstellung einer neuen Schulrätin und eines neuen Schulrates

0.3 Präsentation zum Konzept zur ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Schülertickets für Flüchtlingskinder  
3056/2014

2.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/1390/2014 der PIRATEN Gruppe  
3372/2014

2.1.3 Schwimmunterricht an Kölner Schulen (Beantwortung zu Anfrage  
AN/1143/2014)  
3534/2014

2.1.4 OGTS-Plätze in Widdersdorf, Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung  
des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 27.10.2014  
3541/2014

2.1.5 Gesamtschule Holweide - Unterbringung von 9 zehnten Klassen  
3542/2014

2.1.6 Schülertickets für Flüchtlingskinder  
3559/2014

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 Pflege des Parkettbodens in Schulen  
AN/1596/2014

2.2.2 Schülerbewegungen zwischen den Stadtbezirken  
AN/1603/2014

2.2.3 Äußerungen der Schuldezernentin Dr. Klein zur KiTa-Pflicht  
AN/1628/2014

2.2.4 Lärm- und Immissionsschutz an der Grundschule Ottostraße 76  
AN/1657/2014

**3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**4 Vorlagen der Verwaltung**

4.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes  
Arbeitstitel: "Südliche Schmiedegasse" in Köln-Weidenpesch  
4265/2013

4.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit  
1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-  
Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes  
4143/2013

4.3 Grund- und Gesamtschule Heliosgelände - Interrimsstandorte und Schließung  
der Hauptschule Rochusstrasse  
2953/2014

4.4 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Ex-  
pertengruppen und des Integrationsrates'  
2225/2014

4.5 Einführung des gebundenen Ganztags an weiteren 2 Kölner Schulen ab  
Schuljahr 2015/16  
2734/2014

4.6 Erweiterung Theodor-Heuss-Realschule, Euskirchener Straße 50, 50937 Köln  
Sülz  
Baubeschluss  
3145/2014

- 4.7 Errichtung des Bildungsganges Berufsfachschule (einjährig), Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01), Brüggener Straße 1, 50969 Köln  
3342/2014
- 4.8 Fortführung Bundesprogramm "Berufsbezogene Sprachförderung" in der Förderperiode 2015 bis 2018  
3226/2014
- 4.9 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gem. § 83 SchulG NRW  
2840/2014
- 4.10 Auslaufende Schließung der Martin-Luther-King-Schule, Gemeinschaftshauptschule Ostlandstraße 39, ab dem Schuljahr 2015/2016  
3268/2014
- 4.11 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 sowie den Abriss und Neubau des Schulgebäudes und Turnhalle am Teilstandort Severinswall 40/40a  
2048/2014

## **5 Mitteilungen**

- 5.1 Amokalarm an einer Kölner Schule - Nachlese und Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten im Umgang (AN/1418/2014)  
3307/2014
- 5.2 Verlegung einer 0,5 Stelle Schulsozialarbeit Berufskolleg  
3348/2014
- 5.3 Information über geplante schulorganisatorische Maßnahmen an einzelnen Förderschulen in Köln zum Schuljahr 2015/16  
3374/2014
- 5.4 Sanierungsmaßnahme Grundschule Am Feldrain 10, 51061 Köln  
Fertigstellungstermin  
3396/2014
- 5.5 Lärmsituation an der Grundschule Ottostraße 76  
2576/2014
- 5.6 Sprachförderprojekt für Flüchtlingskinder in der Notaufnahmestelle Herkulesstraße  
3376/2014
- 5.7 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Ausbau des Platzkontingentes für das Schuljahr 2015/2016  
3351/2014

- 5.8 Standorte für weiterführende Schulen im Stadtbezirk Lindenthal  
3499/2014
- 5.9 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf  
3540/2014
- 6 Anfragen**
- 7 Verschiedenes**

## I. Öffentlicher Teil

### 0.1 Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern

Verpflichtet werden

**-Frau Habets** auf Vorschlag der evangelischen Kirche als Vertreterin einer betroffenen Bevölkerungsgruppe und nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 3 der Gemeindeordnung,

**-Frau Göwecke** auf Vorschlag der Bezirksschüler/innenvertretung als Vertreterin einer betroffenen Bevölkerungsgruppe und nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 3 Satz 5 der Gemeindeordnung,

**-Herr Busch**, Mitglied des Rubicon e.V., auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender als nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 23 Absatz 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln in Verbindung mit § 58 Absatz 4 der Gemeindeordnung mit den Worten:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

### 0.2 Vorstellung einer neuen Schulrätin und eines neuen Schulrates

Nach der Verpflichtung der bisher noch nicht verpflichteten sachkundigen Einwohner/innen und Bürger/innen stellen sich die neue Schulrätin Frau Gatz und der neue Schulrat Herr Bockschewsky den Mitgliedern des Ausschusses vor.

### 0.3 Präsentation zum Konzept zur ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen

Frau Heuer, Herr Hilger und Herr Ortling vom Amt für Informationstechnik, sowie Herr Dr. Schneider, Schulleitung des Berufskollegs Deutzer Freiheit stellen das Konzept zur ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen vor.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), bemängelt, dass viele Programme noch im Anfangsstadium stecken. Die Cloud von Logineo etwa sei noch nicht in Betrieb. Sie regt an, die Medienkonzepte anderer Kommunen anzufordern und zum Vergleich heranzuziehen. So habe etwa die Stadt Hannover eine auf 5 Jahre ausgelegte Finanzplanung für das IT-Versorgungskonzept ihrer Schulen erstellt.

In anderen Städten wurde zunächst über eine Online-Befragung aller Schulen eine Bestandsaufnahme der Medien durchgeführt, auf welche dann eine Bedarfsplanung ausgerichtet wurde. Zum Umfang des Schulsupports möchte Frau Riedel wissen, wie dieser kontrolliert werde. Neben der Bedarfsplanung müsse aber auch ein Folgekostenbudget bereitgestellt werden, da beispielsweise eine auszutauschende Beamer-Lampe nahezu so viel kostet wie ein neuer Beamer.

Herr Hilger erklärt zum Programm Logineo, dass es sich um ein Programm des LVR handelt, auf dessen Entwicklung der Schulträger Stadt Köln keinen Einfluss habe. Doch habe der LVR nun eine Vereinbarung mit dem Land geschlossen, dass das Produkt zeitnah für alle Lehrer zur Verfügung gestellt werde.



Herr Ortling ergänzt, dass man eine Demoversion erhalten habe, die derzeit geprüft wird und in einer Pilotphase ggfs. von 7 interessierten Schulen ausprobiert werden soll.

Zur Kontrolle der Supportstunden von NetCologne führt Herr Hilgers aus, dass man monatliche Abrechnungen mit genauen Stundenbelegen erhält. Zur Verfahrensvereinfachung hat man bisher darauf verzichtet, sich die Stundenzettel von den Schulen unterschreiben zu lassen, was sich bei Bedarf aber jederzeit ändern lasse.

Frau Heuer antwortet zur Frage der Folgekosten, dass die Beamerlampen aus dem Schulgirokonto bezahlt werden müssen. Über diese Konten wird das Geld für die Folgekosten zur Verfügung gestellt.

Auch Frau Dr. Klein erinnert daran, dass keine zusätzlichen Gelder bereitgestellt werden können. Die aufgeführten Maßnahmen müssen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel umgesetzt werden. Da diese Mittel aber nicht unerheblich sind, sei es durchaus möglich, die Schulen in der Entwicklung ihrer Medienkonzeption zu unterstützen. Die pädagogische Weiterentwicklung sei dagegen die Angelegenheit des Landes.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), bemängelt, dass der pädagogisch-didaktische Aspekt in dem Medienkonzept nicht hinreichend berücksichtigt ist. Ein rein technisches Konzept ohne gleichzeitige Verankerung im Lehrplan sei nicht geeignet, die Persönlichkeit der Schüler/innen zu fördern. Er weist auf die Gefahr hin, dass zu viel Visualisierung auch zu sprachlichen Verknappungen führen könne (z.B. die reduzierte SMS-Sprache).

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, antwortet dazu, dass ein Schulausschuss nur die äußeren Schulangelegenheiten regeln kann. Das bedeute für dieses Thema: Man kann die Infrastruktur für den Weg in ein digitales Schulzeitalter bereitstellen. Das Land müsse ergänzend die pädagogischen Vorgaben regeln. Positiv merkt er an, dass die Stadt Köln bei den webbasierten Anwendungen unabhängig bleiben möchte von einzelnen Anbietern. Er wünscht sich, dass man enger mit dem Land und dem LVR zusammen arbeitet, um Ressourcen für die Entwicklung von Konzepten einzusparen und gemeinsam ein auf andere Kommunen übertragbares einheitliches Modellkonzept zu entwickeln.

Frau Dr. Klein erklärt, dass ein interkommunaler Austausch bereits über den Bildungsausschuss des Städtetages stattfindet.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), möchte wissen, nach welchen Kriterien die verfügbaren Haushaltsmittel verteilt werden sollen und welche Rolle dabei das von der einzelnen Schule entwickelte Konzept spielt. Auch bittet er um Auskunft darüber, ob die unterschiedlichen Schulformen gleichmäßig berücksichtigt werden oder ob dort Unterscheidungen beabsichtigt sind. Da ein finanzieller Einsatz in diesem Bereich nur wirksam werden könne, wenn gleichzeitig eine ausführliche Fortbildung für die Lehrerschaft erfolgt, bittet er um Darlegung der Absprachen mit dem Land zur Durchführung entsprechender Fortbildungen.

Frau Heuer erklärt dazu, dass es bei der Medienberatung einen intensiven Austausch mit dem Land gebe. Inhaltlich könne das nur die Medienberatung selbst darstellen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), sieht bei den angedachten Finanzierungsmöglichkeiten die Gefahr der Ungleichheit zwischen Schulen mit starken Förderverei-

nen und finanzkräftigen Eltern und anderen Schulen. Hier seien Ideen zum Ausgleich für benachteiligte Schulen oder Schüler/innen vonnöten.

Frau Heuer stellt dar, dass man zunächst Schulen unterstützt, die sich auf den Weg begeben, ohne dabei das sozialpolitische Ziel, dass ein Gefälle zwischen den Schulen verhindert werden muss, aus den Augen zu verlieren. Über den Verein Neue Medien und das Konzept „Bring Your Own Device“ werde ein Sozialfaktor mit einbezogen. Man unterstütze aber auch eigene Ideen der Schulen bei der Suche nach neuen Finanzquellen. Dass jede/r Schüler/in ein eigenes i-Pad bekommt sei derzeit nicht realisierbar.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fordert konkretere Vorgaben zur Finanzierung des Konzeptes. Er warnt davor, zunächst eine Infrastruktur zu schaffen und sich erst anschließend Gedanken über das pädagogische Konzept zu machen und erinnert in diesem Zusammenhang an die Sprachlabors. Hier müsse zunächst das Land verbindliche und für die Lehrer/innen verpflichtende Vorgaben zu pädagogischen Konzepten für die Nutzung der Medien erstellen. Der Schulträger sei dagegen zuständig, aktiv für den sozialen Ausgleich zwischen den Schulformen und den Schüler/innen zu sorgen.

Frau Riedel antwortet darauf, dass zumindest für die Berufskollegs in den Lehrplänen bereits sehr konkrete Vorgaben zur Mediennutzung, wie etwa Arbeit mit Tabellenkalkulationen, bestehen. Hier besteht bereits eine Verpflichtung und die Stadt muss dazu die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), will den Entwicklungsstand eines Schulträgers an der Relation zwischen Schüler/innen und vorhandenen PCs festmachen. Aus den ihr vorliegenden Zahlen hat sie für Köln eine Relation von 14:1 ermittelt. Bei einem Budget in Höhe von 4,17 Millionen Euro im Jahre 2013 und 140.000 Schüler/innen ergibt sich rechnerisch ein Betrag von unter 30 Euro pro Schüler/in. Andere Kommunen stünden im Vergleich dazu deutlich besser da. Sie sieht die IT als Betriebssystem der Gesellschaft, da im heutigen Gesellschaftssystem ohne PCs nichts mehr funktionieren würde. Ihre Fraktion sei dankbar, dass ein Konzept erstellt wurde, doch müsse erheblich mehr Geld im Hinblick auf die Folgekosten der Systeme zur Verfügung gestellt werden. Sie warnt jedoch davor, kostenlose Softwarelizenzen als Anlass zu nehmen, bestimmte Firmen zu bevorzugen, da diese Firmen darauf abzielen, dass die Schüler/innen später produktgebunden sind. Stattdessen sollten Open Source-Anwendungen, Verschlüsselungstechnologien und der Umgang mit Datenschutz aktiver Bestandteil des Unterrichts werden, um die Schüler/innen z.B. mit Kryptoparties wirklich fit für die eigene private und berufliche Zukunft zu machen.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), fragt, ob Angriffe auf das Schild-Notenmodul bekannt geworden sind. Sie fordert mehr Geld für die Bildung, damit jedem/r Schüler/in ein eigenes i-Pad zur Verfügung gestellt werden kann. Es gebe da durchaus Einsparpotenzial in anderen Bereichen.

Frau Dr. Klein warnt aus der Erfahrung davor, Einsparungen in anderen Bereichen zu fordern, da in der Regel sofort Gegenwehr aus den vermeintlich nicht notwendigen Bereichen erfolge. Stattdessen müsse man verstärkt über die Umlenkung vorhandener Ressourcen nachdenken. Aktuell gebe es beispielsweise eine intensive Diskussion mit Schulbuchverlagen.

Herrn Hilger ist kein Angriff auf das Schild-Notenmodul bekannt. In Bezug auf die Datensicherheit bei Cloud-Lösungen weist er darauf hin, dass seine Abteilung darauf achte, dass eingestellte Programme höchste Sicherheitszertifizierungen besitzen. Zur Relation von Schüler/innen zu vorhandenen PCs korrigiert er, dass der bundesweite Durchschnitt bei 11:1 liege und in Köln 14.000 PC-Endgeräte für 140.000 Schüler/innen zur Verfügung stehen. Damit liege man bei einer Quote von 10:1. Rechne man die über 1.000 Notebooks noch hinzu, so ergebe sich eine Quote unterhalb von 10:1.

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), verweist darauf, dass im Konzept noch von 10.000 Geräten gesprochen wurde.

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **2.1 Frühere Anfragen**

##### **2.1.1 Schülertickets für Flüchtlingskinder 3056/2014**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

##### **2.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/1390/2014 der PIRATEN Gruppe 3372/2014**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

##### **2.1.3 Schwimmunterricht an Kölner Schulen (Beantwortung zu Anfrage AN/1143/2014) 3534/2014**

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass die Stellungnahme der unteren Schulaufsichtsbehörde noch ausstehe. Ohne ausreichendes Lehrpersonal sei das erforderliche Angebot an Schwimmunterricht nicht möglich.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die KölnBäderGmbH Fortbildungen angeboten habe, die nicht angenommen wurden.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

##### **2.1.4 OGTS-Plätze in Widdersdorf, Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 27.10.2014 3541/2014**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.5 Gesamtschule Holweide - Unterbringung von 9 zehnten Klassen  
3542/2014**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.6 Schülertickets für Flüchtlingskinder  
3559/2014**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.2 Neue Anfragen**

**2.2.1 Pflege des Parkettbodens in Schulen  
AN/1596/2014**

Die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung steht noch aus.

**2.2.2 Schülerbewegungen zwischen den Stadtbezirken  
AN/1603/2014**

Die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung steht noch aus.

**2.2.3 Äußerungen der Schuldezernentin Dr. Klein zur KiTa-Pflicht  
AN/1628/2014**

Die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung steht noch aus.

**2.2.4 Lärm- und Immissionsschutz an der Grundschule Ottostraße 76  
AN/1657/2014**

Die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung steht noch aus.

**3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**4 Vorlagen der Verwaltung**

**4.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes  
Arbeitstitel: "Südliche Schmiedegasse" in Köln-Weidenpesch  
4265/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu entscheiden:

„Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet südlich der Schmiedegasse, westlich der Merheimer Straße sowie nördlich und östlich des Nordfriedhofs in Köln-Weidenpesch — Arbeitstitel: "Südliche Schmiedegasse" in Köln-Weidenpesch— aufzustellen mit dem Ziel, Gemeinbedarfsflächen mit den Zweckbestimmungen Schule, Spielplatz und Jugendeinrichtung sowie Mischgebietsflächen und Grünflächen festzusetzen;
2. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1 (Aushang).“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes 4143/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, die Vorlage im Rahmen einer Sondersitzung am 15.12.2014 zu beraten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Grund- und Gesamtschule Heliosgelände - Interrimsstandorte und Schließung der Hauptschule Rochusstrasse 2953/2014**

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), erklärt für ihre Fraktion, dass man sowohl die Vorlage, als auch das komplette Helios-Projekt wegen der hohen Kosten ablehne. Sie bemängelt, dass hier eine Hauptschule geschlossen werden soll, die bisher noch recht stabile Schülerzahlen aufweise.

Herr Kockerbeck, Fraktion DIE LINKE, sagt, dass seine Fraktion das Projekt unterstützt und der Vorlage zustimmt. Er fragt nach, wie weit der Ankauf des benötigten Helios-Geländes gediehen sei.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erklärt, dass auch ihre Fraktion die Vorlage ablehnt. An dieser Stelle würden eher Grundschulplätze benötigt.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass die Schülerzahlen der Hauptschule Rochusstraße nicht ganz so rückläufig sind wie in anderen Hauptschulen, doch habe die Schule selbst bereits um ihre Schließung gebeten, weil sie keine Zukunftsperspektive sieht. Nach

Anfertigung eines Verkehrsgutachtens befinde sich der Ankauf des Heliosgeländes in der abschließenden Phase.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hebt hervor, dass die Schulverwaltung mit ihrem geänderten Vorschlag eine gute Alternative gefunden habe.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

1. „In Abänderung seines Beschlusses vom 08.04.2014 (Top. 4.6 Ziff. 2) beschließt der Rat den zeitnahen Start der neuen Gesamtschule Heliosgelände bis zum Umzug in das neu errichtete Schulgebäude auf dem Heliosgelände an der Overbeckstrasse und der Borsigstrasse (schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule aufbauend zum Schuljahr 2018/19) gemäß §§ 81 Abs. 2 und 3 Schulgesetz NRW. Nach dem Umzug werden die Raumkapazitäten an den Interimsstandorten einer adäquaten schulischen Nutzung zur Bedarfsdeckung bei steigenden Schülerzahlen zugeführt.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt die auslaufende Schließung der Hauptschule Rochusstraße gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG zum 31.07.2017.
3. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.“

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion beschlossen.

**4.4 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates'  
2225/2014**

Frau Kremer-Buttkereit, Leitung des kommunalen Integrationszentrums, berichtet im Anschluss an den parallel tagenden Integrationsrat, dass dort die Beschlussvorlage der Verwaltung beschlossen wurde. Der vorgelegte Änderungsantrag werde in die nachfolgenden Fachausschüsse verwiesen.

Herr Dr. Schlieben wundert sich darüber, dass über den Änderungsantrag nicht beschlossen wurde. Da der Änderungsantrag nicht vorliegt, schlägt er vor, wie zu Beginn der Sitzung geplant die Vorlage in der Sondersitzung zu beraten und dort ggfs. über den Änderungsantrag mit abzustimmen, wenn er vorgelegt wird.

Frau Kremer-Buttkereit weist darauf hin, dass bei dieser Vorlage die jeweiligen Fachausschüsse für ihren Zuständigkeitsbereich beschließen müssen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, die Vorlage im Rahmen einer Sondersitzung am 15.12.2014 zu beraten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **4.5 Einführung des gebundenen Ganztags an weiteren 2 Kölner Schulen ab Schuljahr 2015/16 2734/2014**

##### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

- 1) „Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG NRW die Einführung des Ganztagsbetriebs beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 **zum 01.08.2015** an folgenden Schulen
  1. **Realschule Godorf**, Johannes-Gutenberg-Schule, Kuckucksweg 4, 50997 Köln
  2. **Städtische Förderschule Zülpicher Str.**, Emotionale und Soziale Entwicklung, Zülpicher Str. 194, 50937 Köln

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung.

- 2.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bezüglich der Standorte der unter Ziffer 1 genannten Schulen, die eine Genehmigung der Bezirksregierung erhalten, die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung im vorhandenen Raumbestand ohne bauliche Änderungen zu betreiben.
- 3.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die ab dem Haushaltsjahr 2015 sukzessive entstehenden zusätzlichen Personalkosten im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitzustellen. Die Deckung erfolgt innerhalb des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben. Der Rat der Stadt Köln beschließt zum Stellenplan 2015 die Zusetzung von insgesamt rd. 0,14 Stellen Schulsekretär/in in der VGr. VII/Vlb BAT (EG 5 TVöD). Die jeweils für die einzelnen Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Verwaltungsinterne Stellenverrechnungen werden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt. Der Personalaufwand ist in die Planung 2015 fortfolgende eingeflossen.
- 4.) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.“

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **4.6 Erweiterung Theodor-Heuss-Realschule, Euskirchener Straße 50, 50937 Köln Sülz Baubeschluss 3145/2014**

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), bittet die Verwaltung, rechtzeitig zur Sondersitzung die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist die Existenz der Realschule an diesem Standort auch weiterhin gesichert?
2. Es wurde nach der EnEV 2009 geplant. Die Anforderungen und Kosten der EnEV 2009 liegen weit unter denen der EnEV 2014. Voraussetzung dafür, dass noch nach der EnEV 2009 gebaut werden darf sei aber, dass bis zum 30.04.2014 ein Bauantrag

rechtswirksam eingereicht wurde. Wurde der Bauantrag rechtzeitig und wirksam gestellt?

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, ob die Verwaltung Synergieeffekte durch eine gemeinsame Essensversorgung zusammen mit den beiden benachbarten Grundschulen geprüft hat.

Frau Dr. Klein stellt dar, dass die Erzielung von Synergieeffekte durch eine gemeinsame Mensanutzung benachbarter Schulen zwar wünschenswert, in der Realität aber nur schwierig umzusetzen sei.. Da es sich hier um einen Baubeschluss handelt, dem bereits ein Planungsbeschluss vorausgegangen ist, wurde der Bedarf an Schülerplätzen an dieser Stelle bereits hinreichend geprüft und schulformunabhängig bejaht.

**Beschluss**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, die Vorlage im Rahmen einer Sondersitzung am 15.12.2014 zu beraten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.7 Errichtung des Bildungsganges Berufsfachschule (einjährig), Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01), Brüggener Straße 1, 50969 Köln  
3342/2014**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsganges:

Berufsfachschule (einjährig)

Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung

in Vollzeitform gemäß § 22 Abs. 5 Nr. 1 SchulG i.V.m. Anlage B der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in dem Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08.2015 am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01), Brüggener Straße 1, 50969 Köln-Zollstock. Der Bildungsgang wird 1-zügig geführt werden.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.8 Fortführung Bundesprogramm "Berufsbezogene Sprachförderung" in der Förderperiode 2015 bis 2018  
3226/2014**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass der Arbeitskreis über die Menge der dort zu schaffenden Verwaltungsstellen und Pädagogenstellen (3 Stellen Verwaltungsangestellte bei 36 Kursen pro Jahr) sehr erstaunt ist und bittet um eine Erklärung.



Herr Schüller, Leiter der Volkshochschule, antwortet, dass das Projekt zwei Aufgaben hat: Einerseits sollen die berufsorientierten Sprachmaßnahmen (Unterricht, Beratung, sozialpädagogische Begleitung der Teilnehmenden) durchgeführt werden durch die VHS selbst. Auf Grund der hohen administrativen Aufgaben werden dabei auch entsprechende Verwaltungskapazitäten benötigt. Das BAMF hat seine Leistungen in diesem Bereich stark eingeschränkt: Von zunächst 12 über das Projekt finanzierte Vollzeitstellen sind in der kommenden Förderperiode auf Grund der reduzierten Mittel nur noch 7 Stellen im Programm. Die VHS Köln hat die Förderzusage für die neue Förderperiode erhalten. In den letzten 3 Jahren haben von 3700 Teilnehmenden 20 % in den ersten Arbeitsmarkt und 30 % in berufsbegleitende Maßnahmen und Qualifizierungen vermittelt werden können. Die Stadt Köln ist bundesweit der zweitgrößte Träger. Als zweite Aufgabe muss die VHS Köln das Programm der 7 anderen Weiterbildungsträger mit koordinieren, womit ein erhöhter administrativer Aufwand verbunden ist und eine pädagogische Aufgabe, die nur mit diesen Stellen umsetzbar ist. Herr Schüller erklärt zudem, dass das im Projekt eingesetzte Personal über die erzielten Mehrerträge aus Drittmitteln abgedeckt werde.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, möchte wissen, wie Sprachunterricht berufsbezogen durchgeführt wird.

Herr Schüller erklärt, dass individuelle Profile für die hochqualifizierten Kräfte aus Südosteuropa erstellt werden, auf deren Grundlage das Qualifizierungsprogramm entwickelt wird. In Zusammenarbeit mit Unternehmen werden Praktika vorgeschaltet oder integriert, um eine hohe Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt zu erzielen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat erteilt auf der Basis der Ratsbeschlüsse vom 14.12.2010 und 18.07.2013 der Verwaltung folgenden Auftrag:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, sich in Fortführung der bisherigen Maßnahmen um die Erteilung einer Berechtigung zur Durchführung der Berufsbezogenen Sprachförderung Deutsch als Zweitsprache im vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Nutzung von Drittmitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge koordinierten ESF BAMF Programm auch in der neuen Förderphase von 2015 bis 2018 zu bemühen und bei Zuschlagerteilung die entsprechenden Kurse in einer Kooperationsgemeinschaft durchzuführen.

Der Rat beschließt zur Fortsetzung der Sprachfördermaßnahmen die weitere Bereitstellung von befristeten Planstellen. Diese Planstellen sind drittmittelgefördert und werden nunmehr bis zum 31.12.2018 in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- 1,0 Stelle pädagogische Mitarbeiter (VGr. II BAT/ E 13 TVöD - Projektleitung),
- 2,0 Stellen Sozialpädagogen (S 11 TVöD – Integrationsbegleitung
- 3,0 Stellen Verwaltungsangestellte (VGr. VI b BAT/E 6 TVöD – Projektsachbearbeitung),
- 1,0 Stelle Projektassistenz (VGr. VII BAT/ E 5 TVöD -Projektassistenz)

Die aktuelle Förderphase des ESF BAMF Programms endet zum 31.12.2014, wobei jedoch die vom BAMF geförderten Kurse erst zum 30.06.2015 enden. Die hierfür vorhandenen und erforderlichen 12,1 vollzeitverrechneten befristeten Planstellen (vgl. o.g. Ratsbeschluss vom 14.12.2010 bzw. 18.07.2013) werden dementsprechend bis

zum 30.06.2015 genutzt. Ab dem 01.07.2015 sind die o.g. 7,0 vollzeitverrechneten Stellen auskömmlich.

Die Deckung aller entstehenden Personalaufwendungen erfolgt durch Mehrerträge über Drittmittel aus der Durchführung von Projekten in gleicher Höhe im Teilplan 0414 – Volkshochschule, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen.

Fehlbeträge werden aus dem Dezernatsbudget gedeckt.

Die zusätzlichen befristeten Projektstellen werden wie bisher grundsätzlich extern besetzt, um sicherzustellen, dass eine vollständige Refinanzierung der Personalkosten auf der Grundlage der Fördersätze erfolgt. Nachrangig können auch innerstädtische Stellenbesetzungen erfolgen, soweit die nicht abrechenbaren Personalmehraufwendungen gesamtstädtisch gedeckt sind.

Gleichzeitig beschließt der Rat wie bisher die Bereitstellung eines jährlichen Eigenanteils von 144.000 € in Form von Sachmitteln (Bereitstellung vorhandener Büro- und Seminarräume) für das o.g. Projekt im Zeitraum vom 01.1.2015 bis 31.12.2018. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2015 sowie der mittelfristigen Finanzplanung 2016-2018 zu veranschlagen.

Die noch nicht veranschlagten Sachaufwendungen im Teilplan 0414, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von jährlich 183.898 € für die Durchführung der jeweiligen Schulungsmaßnahmen sind als Mehraufwendungen bereitzustellen, sobald entsprechende zweckgebundene Mehrerträge in gleicher Höhe, im gleichen Teilplan, Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen vorliegen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.9 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gem. § 83 SchulG NRW 2840/2014**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, die Vorlage im Rahmen einer Sondersitzung am 15.12.2014 zu beraten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.10 Auslaufende Schließung der Martin-Luther-King-Schule, Gemeinschaftshauptschule Ostlandstraße 39, ab dem Schuljahr 2015/2016 3268/2014**

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), findet es gut, dass die Vorlage direkt festlegt, dass die Räumlichkeiten dem Georg-Büchner-Gymnasium zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Bezirksvertretung Lindenthal strebe dagegen an, in den Räumen vorübergehend eine Gesamtschule unterzubringen.

Frau Dr. Klein verweist in diesem Zusammenhang auf die Mitteilung unter TOP 5.8. Sie wird in der kommenden Sitzung der Bezirksvertretung am 01.12. dazu Stellung nehmen. Nach ihrer Ansicht muss zunächst ein klarer Zeit-/Maßnahmen-Plan vorliegen, bevor man mit einer neuen Schule an einem Interimsstandort starten könne. Zunächst wird eine Entscheidung über das Grundstück benötigt, dann ein Planungsbeschluss einschließlich des o.g. Zeit-/Maßnahmen-Plans. Erst wenn bekannt ist, wann eine Schule voraussichtlich fertig sein wird, kann man sich Gedanken darüber machen, ab wann und wo man sie vorab starten lässt. Die Hauptschule an diesem Standort ist zweizügig und eine Gesamtschule muss vierzügig sein. Deshalb bleibt die Verwaltung bei dem Vorschlag, die Räume für das Gymnasium zur Verfügung zu stellen, das dringend die Möglichkeit braucht, mehr Schüler/innen aufzunehmen.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, bittet darum, baldmöglichst einen Zeit-/Maßnahmen-Plan für den Neubau des Gymnasiums im Schulzentrum vorzulegen.

Frau Dr. Klein sagt dies zur nächsten Sitzung zu, kann aber vorab erklären, dass man dort im Zeitplan ist.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die auslaufende Schließung der Martin-Luther-King-Schule, Gemeinschaftshauptschule Ostlandstraße 39, 50858 Köln-Weiden ab dem Schuljahr 2015/2016 und die Auflösung der Schule zum 31.07.2016.

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.11 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 sowie den Abriss und Neubau des Schulgebäudes und Turnhalle am Teilstandort Severinswall 40/40a  
2048/2014**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, die Vorlage im Rahmen einer Sondersitzung am 15.12.2014 zu beraten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5 Mitteilungen**

**5.1 Amokalarm an einer Kölner Schule - Nachlese und Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten im Umgang (AN/1418/2014)  
3307/2014**

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), fragt, ob die technischen Sicherheitsvorkehrungen für den Amokfall an den Schulen regelmäßig kontrolliert werden.

Frau Dr. Klein gibt diese Frage an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln weiter. Ob die Lehrerfortbildungen optimiert werden können, wird ein Workshop mit Polizei, Schulen, Feuerwehr, Bezirksregierung und Stadt Köln nochmals klären, wobei man sich auch mit der Prävention befassen will.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, empfiehlt, die mit der Sicherheit beauftragten Lehrkräfte auch in polizeitaktischen Fragen zu schulen.

Frau Dr. Klein wiederholt, dass Fortbildungen das originäre Geschäft der Bezirksregierung sind.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), klärt auf, dass es für Schulleitungen vom Dienstherrn aus die Verpflichtung zur Bildung von Krisenteams gibt, die als Sicherheitsfachkräfte ausgewiesen sind. Diese Krisenteams werden auch regelmäßig u.a. mit Hilfe des schulpsychologischen Dienstes geschult. An jeder Schule gibt es die orangenen Notfallordner, die derzeit aktualisiert und ergänzt werden. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## **5.2 Verlegung einer 0,5 Stelle Schulsozialarbeit Berufskolleg 3348/2014**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## **5.3 Information über geplante schulorganisatorische Maßnahmen an einzelnen Förderschulen in Köln zum Schuljahr 2015/16 3374/2014**

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), erklärt, dass die Entscheidung für oder gegen Förderschulen vom Elternwillen abhängt. Der Elternwille sei u.a. abhängig vom Schulweg. Deshalb möchte er wissen, ob die Stadt Köln überlegt, ein für solche Kinder geeignetes Beförderungssystem zu schaffen.

Frau Dr. Klein antwortet, dass bei Vorliegen der in den Erlassen geregelten Voraussetzungen selbstverständlich der erforderliche Transport bereitgestellt wird.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), appelliert, dass man bei der Frage der Schließung von Förderschulen nicht auf die Mindestgröße abstellen müsse, um der Entwicklung von Inklusion die nötige Zeit zu gewähren.

Herr Pfeuffer weist darauf hin, dass es sich dabei um eine gesetzliche Verpflichtung handelt, die bis spätestens zum Frühjahr 2015/2016 umzusetzen ist, wenn die Mindestgrößen unterschritten sind.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## **5.4 Sanierungsmaßnahme Grundschule Am Feldrain 10, 51061 Köln Fertigstellungstermin 3396/2014**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5      Lärmsituation an der Grundschule Ottostraße 76  
2576/2014**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, zunächst die Beantwortung der entsprechenden Anfrage unter TOP 2.2.4 abzuwarten.

**5.6      Sprachförderprojekt für Flüchtlingskinder in der Notaufnahme Herkules-  
straße  
3376/2014**

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), begrüßt es außerordentlich, dass hier die Lehramtsstudierenden gegen Entlohnung für diese Maßnahme herbeigezogen werden, um den Flüchtlingskindern 2 Wochenstunden Deutschunterricht zu erteilen. Die Lehrerausbildungsordnung sieht vor, dass die Lehramtsstudierenden ein 4-wöchiges schulisches Berufsfeldpraktikums durchführen. Durch diesen kurzen Zeitraum befürchtet sie eine hohe Fluktuation, die kaum einen kontinuierlichen Unterrichtsaufbau gewährleisten könne.

Frau Dr. Klein wendet ein, dass diese Maßnahme selbstverständlich keine Beschulung ersetzen kann, sodass hier andere Maßstäbe angesetzt werden müssen. Die Besonderheit einer Notaufnahme ist, dass die Flüchtlinge aufgenommen und dann weiter verteilt werden. Eine Anmeldung an einer Schule ist erst dann möglich, wenn die Kinder beim Einwohnermeldeamt registriert und gemeldet sind. Wegen der hohen Aufnahmezahlen und der damit verbundenen Verweildauer ist es aber nicht vertretbar, die Kinder so lange ohne irgendeine schulische Förderung zu lassen. Für die Kinder aus der Herkulesstraße, die auch dort gemeldet sind, wird die Schulverwaltung originäre Schulplätze in Ehrenfeld zur Verfügung stellen.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), schlägt vor, dass der Ausschuss sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Situation der Beschulung von Flüchtlingskindern nochmals ausführlicher beschäftigt.

Frau Dr. Klein nimmt diese Anregung gerne auf, weil der Zustrom von Flüchtlingen nicht nur große Herausforderungen an die Unterbringung stelle, sondern auch im schulischen Bereich. Derzeit gibt es in Köln rd. 120 Vorbereitungsklassen in allen Schulformen. Die Mitarbeit der Eltern scheitert dabei oftmals an sprachlichen Hürden. Hier bedarf es der Unterstützung des Landes, um z.B. einen Dolmetscherpool zu bilden, damit die Kommunikation zwischen Eltern und Lehrerschaft angemessen erfolgen kann.

**5.7      Offene Ganztagschule im Primarbereich - Ausbau des Platzkontingentes für das Schuljahr 2015/2016  
3351/2014**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## **5.8 Standorte für weiterführende Schulen im Stadtbezirk Lindenthal 3499/2014**

Frau Dr. Klein erklärt, dass man versucht habe, die Kriterien noch deutlicher darzustellen. Auf Seite 5 könne man beispielsweise eindrücklich erkennen, welche unterschiedlichen Sichtweisen in Bezug auf ein Grundstück bestehen. Sie kündigt für die Ausschusssitzung im Januar eine Beschlussvorlage zum städtischen Grundstück Aachener Str./Herbesthaler Str./Militärringstraße an. Herr Philippi, SPD-Fraktion, bittet darum, dass auch diese Mitteilung auf die Tagesordnung der Sondersitzung mit aufgenommen werde, damit man sich noch in Ruhe damit auseinandersetzen könne.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), begrüßt für ihre Fraktion die Lösung auf dem Grundstück Aachener Str./Herbesthaler Str./Militärringstraße, weil ein dringender Bedarf nicht nur für eine, sondern für zwei Schulen bestehe. Sie bittet daher darum, auch die Planung für eine zweite Schule schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass es nicht nur einen Bedarf für zwei Schulen, sondern sogar einen Bedarf für 3 Schulen gebe. Weitere Beschlussvorlagen werden folgen müssen.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, liest auf der letzten Seite unten vom Grundstück Ludwig-Jahn-Straße/Egelspfad und fragt, ob die Verwaltung ein besonderes Interesse am Erwerb dieses in Privatbesitz befindlichen Grundstückes habe.

Frau Dr. Klein erklärt dazu, dass die Verwaltung und auch die Bürgerinitiative vor Ort diesen Standort immer befürwortet hätten. Seit Jahren habe es aber geheißen, dass das Grundstück nicht erwerbbar sei, weil es sich im Eigentum einer Erbengemeinschaft befinde. Nun wurde das Grundstück verkauft und es soll dort eine Wohnbebauung erfolgen. Nun will man doch versuchen, das Grundstück zu einem vertretbaren Preis zu erwerben.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, appelliert an die Ausschussmitglieder, dass man sich bis Januar positioniert, um dann auch beschlussfähig zu sein.

Herr Dr. Schlieben ist besonders an den Reaktionen aus der Bezirksvertretung Lindenthal auf die Vorschläge interessiert.

## **5.9 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf 3540/2014**

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), möchte wissen, was hinter der Formulierung steckt, dass die Bezirksregierung nur so viel bereitstellen konnte.

Frau Dr. Klein antwortet, dass insgesamt mehr Plätze eingestellt werden mussten, als ursprünglich im Landeshaushalt veranschlagt waren. Bei den Plätzen für Kinder mit zusätzlichem Förderbedarf mussten deshalb die bewilligten Mittel bei zahlreichen Städten und Gemeinden hinter den Anträgen zurückbleiben. Dies führte auch zu intensiven Diskussionen zwischen dem Städtetag und dem Schulministerium.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## 6 Anfragen

**Herr Pannes**, sachkundiger Einwohner (Die Linke), erinnert an seine Anfrage aus der vergangenen Sitzung, dass man die alte Anfrage aus 2013 zur **OGTS-Entwicklung in Köln** nochmals mit aktuellen Zahlen beantworten möge.

Frau Dr. Klein sagt die Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

Zur **Nippeser Gesamtschule** bittet **Herr Pannes** um Darstellung des Sachstandes der Planung und Durchführung, sowie eine Darlegung der aktuellen Zeitplanung.

Frau Dr. Klein schickt voraus, dass der Bau der Schule voll im Zeitplan liege. Sie soll zum Schuljahr 2017/2018 fertiggestellt werden..

**Herr Pannes** entnahm den Ausführungen bei der Vorstellung des neuen Schulleiters in der Gesamtschule Innenstadt (Frankstraße/Severinswall), dass es Schwierigkeiten bei der **Öffentlichkeitsarbeit** gegeben habe, weil sie in der Informationsbroschüre noch nicht enthalten war. Er möchte wissen, wie die Verwaltung sicherstelle, dass die Eltern über die **Dependance der Willy-Brandt-Gesamtschule am Standort in Dellbrück** informiert werden. **Frau Ruffen**, sachkundige Bürgerin (FDP), ergänzt, dass sie sich dafür interessiere, wie die Informationen für die **Informationsbroschüre** zusammengetragen werden.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass man überprüfen werde, ob wichtige Informationen fehlen. Zu den Gesamtschulen kann sie sagen, dass es keine Gesamtschule gab, die weniger Anmeldungen als Aufnahmeplätze hatte. Insbesondere für die Gesamtschule in der Innenstadt wurde im Rahmen einer Pressekonferenz besonders geworben. Die Angaben in der Broschüre kommen ausnahmslos von den Schulen selbst.

**Frau Artmann**, sachkundige Einwohnerin (FDP), bemängelt die Unmengen von Papier, die im Zusammenhang mit der Ausschusssitzung verbraucht werden. Andere Ausschüsse seien dazu übergegangen, die **Vorlagen** einzeln **per E-Mail** zu versenden. Deshalb beantragt sie, dass auch im Ausschuss für Schule und Weiterbildung Vorlagen zukünftig hauptsächlich per E-Mail versandt werden und dass weniger umgedruckt wird. Sie bittet um Beantwortung, wie viele Seiten pro Ausschusssitzung gedruckt werden und was das kostet. Sie möchte Angaben über die Portokosten für die Versendung der Ausschussunterlagen bekommen. Die mit der Einladung versandte Tagesordnung sei nicht aktuell und werde bis zur Sitzung noch ergänzt. Deshalb bräuchte sie nicht mit umgedruckt werden.

**Frau Ruffen**, sachkundige Bürgerin (FDP), ergänzt, dass sie alle **Tischvorlagen** morgens von der Fraktion ausgedruckt bekäme und dann würden sie im Ausschuss erneut umgedruckt liegen. Es reiche doch aus, wenn die Unterlagen für alle komplett einmal im Ausschuss selbst ausgelegt würden. Sie schlägt daneben vor, dass alle, die in Besitz eines i-Pads sind, die Unterlagen nur noch in digitaler Form zur Verfügung gestellt bekommen.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass es derzeit bei einigen Ausschüssen einen Modellversuch zur Einführung von papierlosen Vorlagen auf i-Pads gebe, der bei Erfolg langfristig ab 2016 auch auf unseren Ausschuss übertragen werden soll. Sie bittet um Verständnis dafür, dass die von Frau Artmann gestellten Fragen aus Personalmangel nicht beantwortet werden können.

**Frau Kessing**, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), kann sich nicht vorstellen, dass bei der Form der Bereitstellung der Ausschussunterlagen eine bedarfsgerechte Differenzierung durchgeführt wird. Deshalb sollte für alle die gleiche

Zustellungsart gewählt werden. Sie bevorzugt es, wenn die Unterlagen früher und zeitgerechter per Post versandt würden.

**Herr Kockerbeck, Fraktion DIE LINKE**, schließt sich dem an und möchte die Unterlagen weiterhin in Papierform bekommen, weil seine Arbeitsweise auf die Papierform angewiesen ist.

Auch **Herr Thelen**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte seine Unterlagen weiterhin in Papierform bekommen. Er erinnert an seine Anfrage zur Einfriedung von Schulen, die nach wie vor nicht beantwortet ist.

## **7 Verschiedenes**

Köln, den 10.12.2014

gez. Dr. Schlieben

Vorsitzender

gez. Bernecker

Schriftführer